

Bericht

Auf dem Prüfstand:

Erbe und Tradition der Linken. Anmerkungen zu einer
Konferenz am 19./20. Februar 2010 in Leipzig

Stefan Bollinger

Zum Konferenzabschluss brachte ein junger Leipziger ungewollt die landläufige Sicht auf Diskussionen zu linker Geschichte auf den Punkt, den Historiker und Politiker so nicht wollten, aber nicht vermeiden konnten. Er fühle sich an ein einstiges VEB-Traditionskabinett erinnert, in dem alte Fotos, Fahnen und Berichte großer Zeiten gemahnen. Diese verstaubten Relikte seien vielleicht für Erinnerungen gut, kaum aber für den Alltag hier und heute. Lohnabhängige bräuchten jetzt politisch Handfestes. Es war jenes Missverständnis, das schon immer die Arbeit von Historikern im politischen Umfeld begleitet: Was kann Geschichte für den politischen Kampf leisten, wen kann sie animieren, anfeuern oder nachdenklich stimmen? Können überhaupt *eine* Partei, *die* Politik, *der einzelne* Politiker und politisch Interessierte aus der Geschichte lernen?

Solche Erwartungshaltung ist verständlich. Sie wurde von den Veranstaltern – der Rosa-Luxemburg-Stiftung als Bundesstiftung nahe der Partei DIE LINKE sowie den beiden Rosa-Luxemburg-Landesstiftungen von Sachsen und Brandenburg – durchaus geschürt. Zumal der Konferenz als bisherige Krönung der von Klaus Kinner herausgegebenen Reihe „Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus“ in Deutschland nunmehr gleich zwei Bände zum Konferenzthema vorlagen.¹ Nichts weniger als den Auftakt der programmatischen Debatte innerhalb der Partei DIE LINKE verkündete der Geschäftsführer der Rosa-Luxemburg-Stiftung *Florian Weis*. Der Noch-Parteivorsitzende *Lothar Bisky* bekräftigte Notwendigkeit und Chance linker Geschichtsdebatte für die Schärfung des programmatischen Profils der Partei. Aber angesichts der innerparteilichen Kontroversen setzte er einen Akzent, der zwar verständlich, aber für den schonungslosen Umgang mit Geschichte problematisch ist. Er beklagte jene denunziatorische Un-Kultur der Linken in der Vergangenheit, die seit eh und je deren Kämpfe begleitete. Sein historischer Exkurs über die Rechthaberei und Denunziation erinnert daran, dass eben nicht Argumente, sondern oft genug Machtinstrumente Debatten „entschieden“. Eine solche Warnung kann aber auch desorientieren. Denn politische Auseinandersetzung muss schonungslos in der Sache, nicht in der gegenseitigen Verletzung sein. Toleranz für nicht tolerierbare Positi-

¹ Siehe Klaus Kinner (Hrsg.): Die Linke - Erbe und Tradition. Teil 1: Kommunistische und sozialdemokratische Wurzeln. Teil 2: Wurzeln des Linkssozialismus. (= Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus, Bd. XI/XII). Karl Dietz Verlag, Berlin 2010.

onen kann auch zerstörerisch wirken. Offen bleibt, wer entscheidet, ob eine Position noch zum pluralen Selbstverständnis einer Partei gehört, die lieber Bewegung sein möchte, oder ob diese Position schon deren Konsens verlässt.

Die wichtigen Debatten des ersten Tages fanden auf dem abendlichen Podium statt. Hier ging es weniger um Dokumente und Biografien als um Grundsätzliches, das die Linke vereinen oder trennen kann. Insofern hatte die Leitfrau sozialdemokratischer Geschichtsarbeit und -politik, *Helga Grebing* (Berlin), vielleicht recht beim Beschreiben der Linken. Sie fühlte sich an einen Pudding erinnert, machte nur wenig Gemeinsames aus und versah auch das wieder mit Fragezeichen: sozial engagiert, nicht antikommunistisch, marxistisch beeinflusst. Es könne ja sein, dass man die Geschichte „durablein“ soll, um Identität als Linke zu finden, aber es erhebe sich doch die Frage, *wie* dies zu tun sei, so ihr Fazit. Die Veranstalter hatten Grebing als die *Old Grande Dame* der Arbeitergeschichtsschreibung sozialdemokratischer Provenienz umworben und als Aushängeschild für eine vielschichtige Sicht auf linke Geschichte eingeladen. Altersmilde war sie aber nicht. Sie selbst sieht sich als Sozialdemokratin seit 62 Jahren, ließ gelegentlich ihren Bruch mit der Sowjetischen Besatzungszone anklingen, verortet sich links auch in ihrer Partei. Scharfsinnig und doch irrig erkannte sie in der Themenstellung „Erbe und Tradition“ eher die alte DDR-Historiker-Diskussion zu diesem Thema, mit der sie sich ebenso wie mit den Begriffen nicht anfreunden mochte. Die alte DDR-Diskussion hatte mit diesen Begriffen operiert, um den anderen deutschen Staat in die Geschichte zu integrieren und differenziert mit dem historischen Überkommenen zurechtzukommen. Insofern ging es auch um Geschichtspolitik, die Legitimation suchte. Die auf der Konferenz aufgeworfene Frage nach Erbe und Tradition griff aber weiter, suchte nicht Rechtfertigung in der Geschichte, wohl aber Spuren zu den Vorgängern in deren ganzer Widersprüchlichkeit.

Grebing löckte begierig gegen den Stachel, als sie daran erinnerte, dass ihre Partei im Unterschied zu der Neugründung aus PDS und WASG keineswegs den Begriff des demokratischen Sozialismus aufgegeben habe, wobei dieser aber eben nicht eine Theorie, Philosophie, gar ein System oder eine Ordnung sei.

Das rief mit *Edelbert Richter* (Weimar) einen Ex-Sozialdemokraten auf den Plan, der, aus der Bürgerbewegung kommend, darauf bestand, dass er seine Positionen nicht verändert habe, aber sich treu bleibend heute bei der LINKEN angekommen sei. Denn die SPD habe mit der Schröder-Politik sozialdemokratische Positionen verlassen. In seiner neuen politischen Heimat finde er diese Positionen wieder, könne er konsequenten Linkssozialismus verwirklichen.

Verständlicherweise mussten die aus der SED bzw. der PDS kommenden Historiker wie *Jürgen Hofmann* (Berlin) die Schwierigkeiten mit dem Realsozialismus herausstellen. Das Scheitern des Sozialismusversuchs im Osten belastet für sie wie für viele Linke generell die sozialistische Idee und Politik. Ein Weg der Emanzipation, auf dem oft jedes Mittel recht war, habe oft genug dieses Ziel verfehlt und diskreditiert. Gerade deshalb brauchen die Linken eine klare Stellung zum Stalinismus. Schon der Begriff sei in der LINKEN umstritten, weil das

übergreifende Struktur- und Ideologieproblem nicht gesehen bzw. nicht akzeptiert wird. Der Bruch mit dem „Stalinismus als System“ war aber die zentrale Einsicht bei der PDS-Gründung 1989 gewesen. Der Stalinismus habe mit dem emanzipatorischen Ansatz des Sozialismus gebrochen, so Hofmann. *Elke Reuter* (Berlin) verwies auf ein ähnlich schwieriges Thema – den Antifaschismus als einigendes Band der Linken. Selbst dieser Anspruch und diese praktische Erfahrung der Linken seien vorbelastet. Antifaschismus, so müssten manche von ihnen lernen, war nicht das Privileg der Kommunisten. Vor allem: Antifaschismus vereinbare sich nicht mit Stalinismus.

Helmut Bock (Berlin) betonte, dass antistalinistische Kritik und Selbstkritik entscheidende Grundlagen linker Politik und Programmdebatte sind. Doch habe der Umgang mit der DDR nach 1989/90 durch die Sieger der Geschichte diesen Einsichtsprozess an der Basis teilweise wieder zurückgedreht. Mit seinem Wissen als Spezialist für Revolutionen der bürgerlichen Epoche mahnte er, dass das Eintreten für soziale Gerechtigkeit der Kern des Sozialistisch-seins ist. Eine breite Linke, die heute gebraucht werde, müsse sich auf ihre Gemeinsamkeiten als, wie er es nannte, „heilige Dreieinigkeit“ einlassen: soziale Gerechtigkeit, Demokratie (verstanden als umfassende Volkssouveränität) und Frieden. Damit mochte auch Helga Grebing gut leben. Für sie ist demokratischer Sozialismus eine ständige Aufgabe, nicht fest umrissenes Ziel. Zaudernd ergänzte sie, dass wohl das Menschenbild das eigentlich Schwierige sei: Könne der Mensch überhaupt leisten, was der Sozialismus von ihm erwarte? Es gehe darum, welche Bedeutung wir der Geschichte zumessen, nicht um ihren Missbrauch als ideologischen Kult oder Zielersatz.

Am zweiten Tag befand sich Parteivorsitzender *Bisky* nochmals in der Rolle des Richtunggebenden und auch Suchenden. Für ihn schien klar, dass zwei wichtige Pole miteinander verbunden werden müssen: Pluralität *und* Identitätsstiftung. Pluralität brauche das Vergewissern des Erbes und der Tradition, auch gegen Rechtsextremismus und Geschichtsrevisionismus. Die Konferenzdiskussion könne der Programmdebatte der LINKEN Methodik und Grundierung verleihen. Für ihn ist es ausgemacht, dass linke Pluralität Akzeptanz des pluralen Erbes erfordert. Auch er griff wie viele andere auf den Linkssozialismus, auf Rosa Luxemburg, Paul Frölich, Paul Levi oder Wolfgang Abendroth zurück. „Manchen erscheint“, so Bisky, der Begriff des Linkssozialismus „als Tautologie und man kann dies auch nachvollziehen. Doch dieser eingeführte Begriff lässt sich gut verwenden, weil er eine ganze Denklinie der kritischen Auseinandersetzung mit sozialdemokratischen und kommunistischen Positionen versammelt, die einen Ansatz suchen, um Reform und Revolution zu verbinden. Die linkssozialistischen Wurzeln sind gerade deshalb interessant, weil sie in der Geschichte – nicht unbedingt parteifreundlich, aber auch nicht organisationsfeindlich – waren. Von deren Lebendigkeit und Lernfreudigkeit [...] kann man nur lernen.“²

2 Lothar Bisky: Wir haben die Entdeckungen noch vor uns. Erbe und Tradition der Linken zwischen Pluralismus und Identität, in: Standpunkte RLS (Berlin), 2010, H.6, S.3.

Allerdings waren sich die Diskutanten nicht so recht einig, was solch Linkssozialismus sein könnte jenseits einer überschaubaren Phalanx von Namen jener, die weder in den großen Parteien noch in der zeitgeistigen Gesellschaft eine politische Heimat fanden, die für Sozialismus, gegen stalinistische Diktatur, für breite Demokratie als Basis einer Bewegung für eine Gesellschaft einstanden, die sich um soziale Gerechtigkeit sorgt. Dem Berichtersteller fällt auf: Historisch sollten jene KPD- bzw. SPD-Abspaltungen aus der Zeit der Wende von den 1920er- zu den 1930er-Jahren – in Deutschland besonders Sozialistische Arbeiterpartei (SAP), KPD-Opposition, Internationaler Sozialistischer Kampfbund – konstitutiv für linkssozialistische Ausrichtungen sein. Diese Organisationen richteten sich gegen SPD-Pflegepolitik am „Krankenbett des Kapitalismus“ ebenso wie gegen Bürokratisierung und Verengung stalinisierter kommunistischer Parteien. Zeitgleich suchten auch Austromarxisten „dritte Wege“ jenseits von Stalinismus und Sozialdemokratie in einem „integralen Sozialismus“ – und fanden sie in der praktischen Politik doch nicht. In der Retrospektive gerät auch Rosa Luxemburg, die sowohl gegen Sozialreformismus als auch gegen bolschewistische Diktatur polemisierte, in diese linkssozialistische Traditionslinie. Gemeinsamkeiten fanden diese unterschiedlichen Personen und Organisationen im Festhalten am Sozialismus, in der Ablehnung der Allmacht einer Partei, im Betonen einer jenseits des Parlamentarismus in Basisprozessen verwurzelten Demokratie. Es waren allerdings meist Politiker, die aus Ablehnung der Politik ihrer Partei – zwar mit politischem Gestaltungsanspruch, aber ohne jeden ernsthaften Gestaltungsraum – versuchten, Politik zu machen. Ihre Ideen blieben Theorie und standen nicht im Praxistext. Ob diese politischen Ideen, Ziele und Auffassungen für künftige Politik mehr als Anregung sein können und ob die Fokussierung auf sie nicht den Blick auf die Leistungen und Grenzen, aber eben auch auf die realen begrenzten Gestaltungsspielräume der beiden großen Strömungen verstellt, bleibt offen.

Es sollte bedenklich stimmen, wenn eine Partei mit dem etwas anmaßenden Namen „DIE LINKE“ sich in erster Linie jenen verpflichtet fühlt, die auf einem Nebenschauplatz der politischen Kämpfe Wichtiges zur Theorie des Sozialismus und zur Kritik seiner Verwerfungen beitrugen. Denn die Geschichte der Arbeiterbewegung im 20. Jahrhundert war vom Ringen von Kommunisten und Sozialdemokraten gegeneinander bestimmt, deren Spaltung im Ersten Weltkrieg einen Grund hatte, wie auch andere Abspaltungen danach. Auch die neuere Linke ist von solchen Konflikten nicht frei, wie jüngst die SPD-Abspaltung WASG belegt, die nun Teil der Parteinuugründung DIE LINKE wurde. Auch die früheren Linkssozialisten waren offensichtlich keine perfekten, untadligen, schwankungsfreien monolithischen Kämpfer für die Sache der Unterdrückten. Sie waren genauso in politische Streite eingebunden, waren meist unterlegen – oder haben sich schließlich mit einer der großen Parteien arrangiert.

Diese Einwände des Zuhörers bestätigten sich, als *Helga Grebing* ihre Auswahl von Linkssozialisten präsentierte, die in der späten Weimarer Republik der SPD den Rücken kehrten, dann in der SAP aktiv waren und schließlich nach 1945

doch wieder in SPD bzw. Gewerkschaften eine staatstragende Rolle spielten: Willy Brandt, Otto Brenner, Heinz Kühn. Bei Brandt, aber auch an anderer Stelle bei Abendroth war sich das Auditorium über deren historische Bewertung, deren Positionen zur SPD oder auch zur SED nicht immer einig.

In einem der Vorträge sprach *Wolfgang Schröder* (Leipzig/Taucha) zur Rolle der Arbeiterverbrüderung im 19. Jahrhundert. Er kritisierte an Marx und vor allem Engels deren Ablehnung der tagespolitischen Alltagsarbeit der Arbeiterverbrüderung. Eine andere Sicht als die von Schröder könnte allerdings daran erinnern, dass bei allem Rang solcher Alltagsforderungen der große Anspruch, die radikale Antwort auf den Kapitalismus nicht vergessen werden sollte. *Manfred Lauer mann* (Hannover) suchte im sozialdemokratischen Erbe historische Berechtigungen, neue Problemsichten und notwendige Fortsetzungsmöglichkeiten. *Uli Schüler* (Berlin) und *Michael Buckmiller* (Hannover) stellten bemerkenswerte Fallstudien zu Wolfgang Abendroth bzw. Peter von Oertzen vor und verbanden dies jeweils mit deren Sichten auf eine deutliche Ausweitung der Demokratie.

In einem abschließenden Teil der Konferenz standen wieder Probleme der parteikommunistisch geprägten Geschichte der Linken und der DDR auf der Tagesordnung. *Elke Reuter* setzte sich mit dem antifaschistischen Erbe der Linken auseinander, *Edelbert Richter* erinnerte als Zeitzeuge an den linken Flügel der DDR-Bürgerbewegung im Herbst 1989. *Stefan Bollinger* (Berlin) sprach schließlich über Erbe und Tradition der SED für die Linke. Er verwies darauf, dass zu den bleibenden Leistungen nicht nur jene gehören, die im Widerspruch zur offiziellen Politik durch Eigen-Sinn und Widerstand erreicht wurden. Dazu zu zählen seien auch jene Versuche von Linken im Allgemeinen und Marxisten im Besonderen, die den Marxismus von seinen Dogmen befreien wollten und mit unterschiedlicher Konsequenz Elemente eines demokratischen Sozialismus einforderten. Überdies gehören zu den bedenkenswerten Traditionen wesentliche soziokulturelle Einrichtungen, insbesondere Teile einer weit gefassten DDR-Sozialpolitik, in denen – beabsichtigt oder durch die Kreativität der Betroffenen auch gegen zu starre Vorgaben – Strukturen und Ergebnisse entstanden, die offenbar nicht nur für die DDR von Interesse waren. Das sind zivilisatorische Leistungen des Sozialismus, an die künftig sozialistische Politik wird anknüpfen und sie aufheben müssen.

Während der Streit um Rolle und Verhalten westdeutscher Linkssozialisten die Tagung belebte, blieb der eigentliche Dauerbrenner, die Auseinandersetzung um das realsozialistische Erbe und daraus ableitbare Traditionen, erstaunlicherweise undiskutiert. Ist das ein Indiz dafür, dass diese auch unerfreuliche Geschichte schon beschrieben ist, ohne ihre Dialektik zu erfassen? Auf jeden Fall bleibt die Geschichte der Linken ein Thema, aus dem Warnung und Anregung für linke Politik auch weiterhin zu schöpfen sind.